

UNSER Oberschlesien



Nr. 3 (1271) 12. Februar 2004

Die größte deutsche Zeitung in Oberschlesien

53. Jahrgang 2,60-Euro 3 zI (wtym 7% VAT)

THEMEN DIESER AUSGABE

- Freies Wort:
Gegen- oder Miteinander? 2
- Wachsende Finanzsorgen der
Deutschen Freundschaftskreise 3
- Tag der Oberschlesier 2004 3
- Zum 200. Todestag von
Immanuel Kant 5
- Nationalität „schlesisch“ 9
- Interview: Mel Gibson über
seinen Jesus-Film 19

LÄUFT JETZT ALLES AUS DEM RUDER?

Deutsch-polnische Beziehungen erreichen Tiefstand / Entschädigungsklagen gegen Berlin angedroht

Die deutsch-polnischen Beziehungen scheinen langsam aber sicher vollkommen bei Null angelangt zu sein. Selbst Berufsoptimisten zeigen sich nun überrascht, daß polnische Kommunen und Politiker für den Fall, daß deutsche Vertriebene nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union ihr verlorenes Eigentum einklagen wollen, von Deutschland Wiedergutmachungszahlungen in Milliardenhöhe einfordern wollen.

Anfang Januar hatte der Präsident von Warschau, Lech Kaczynski, eine Expertenkommission eingesetzt, die alle Verluste und Schäden schätzen soll, die Warschau infolge des Zweiten Weltkrieges erleiden mußte. Kaczynski schließt die Möglichkeit nicht aus, Entschädigungsforderungen an die Deutschen zu stellen. Inzwischen schätzt er, daß die Stadt von Deutschland die gigantische Summe von 31 Milliarden Euro erhalten könne. Die tatsächliche Höhe einer Entschädigung sei aber bedeutend höher, unterstrich der Stadtpräsident, da die Kommission noch zwei Jahre mit einer Analyse beschäftigt sei.

Die Initiative, diese Kriegsverluste zu schätzen, geht auf Warschauer Stadträte und Sejmabgeordnete aus der nationalistisch-katholischen „Liga Polnischer Familien“ (LPR) zurück. Sie wollen, daß der Stadtpräsident den Wert der während des Krieges vernichteten Immobilien und der gestohlenen Kunstgegenstände ermittelt, um konkrete Zahlen zur Verfügung zu haben, falls sich die ostdeutsche Vertriebenen um eine Ent-

schädigung für ihr von Polen 1945 konfiszierte Eigentum offiziell bemühen sollten. Lech Kaczynski betont, daß Warschau den Weg für andere polnische Städte bei ihren Entschädigungsbemühungen bereiten könnten. „Dieses Unternehmen bezieht sich nicht nur auf Warschau, sondern auf ganz Polen. Ob das alles mit einer offiziellen Entschädigungsforderung enden wird, wird von der politischen Lage abhängig sein“, sagte Lech Kaczynski gegenüber der „Rzeczpospolita“. In der „Zycie Warszawy“ betonte Kaczynski, daß die Schätzung der Verluste eine Antwort auf die Tätigkeit der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, und ihrem „Zentrum gegen Vertreibungen“ sei.

Landesweite Aktivitäten

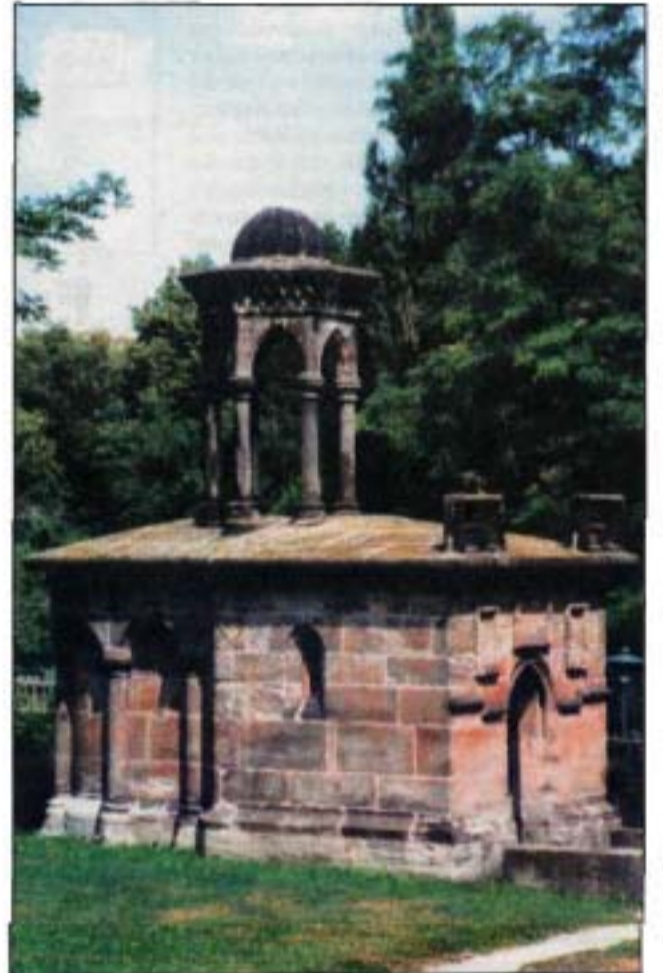
Das Horrorszenario, daß polnische Politiker aus der nationalkatholischen Front den Bürgern erfolgreich an die Wand zu zeichnen versuchen, geht davon aus, daß tausende Vertriebene, die von der „Preußischen Treuhands“ unterstützt werden sollen, sich darauf vorbereiteten, nach dem 1. Mai massenweise Entschädigungsanträge bei polnischen Gerichten einzureichen. Diese würden dann - falls diese Anträge von den polnischen Gerichten abgewiesen werden - eine Lösung bei den Institutionen der EU suchen, d.h. daß sie entweder vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg oder vor dem Europäischen Gericht in Luxemburg klagen können und Erfolg haben werden.

Ende Januar hat nun auch das Bezirksparla-

ment der Woiwodschaft Masowien eine Kommission einberufen, die die Verluste und Schäden in der Woiwodschaft schätzen soll, die infolge des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzung entstanden sind. „Dieses Thema wurde von der deutschen Seite angefangen, in Form von Rückgabeforderungen der Landsmannschaften“, verteidigte die Initiative Jerzy Dmowski (LPR). „Angriff ist die beste Verteidigung. In der vergangenen Woche berichtete „Wprost online“ auch von Überlegungen der Stadträte Posens, nach dem Warschauer Muster vorzugehen. Sie haben den Stadtpräsidenten Ryszard Grobelny dazu aufgefordert, solch eine Möglichkeit zu überlegen. Nach Ansicht des Initiators dieser Idee, Tymoteusz Jacyna-Onyszkiewicz (LPR), können sich die Kriegsschäden in Posens ebenfalls auf mehrere Milliarden Euro belaufen.

Auch im Sejm wurde von einer Gruppe nationalistischer Abgeordneter von der LPR und anderer Parteien ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die Regierung verpflichtet werden soll, von Berlin Wiedergutmachungszahlungen für die Kriegszerstörungen im ganzen Land zu verlangen. Auch Politiker der rechtskonservativen Bürgerplattform, die in Umfragen stärkste politische Kraft im Lande ist, sprachen sich für die Initiative aus.

Der Auswärtige Ausschuß des Sejms hatte dazu extra drei Gutachten in Auftrag geben lassen. In zwei dieser Expertisen, die von den Rechtsprofessoren Wladyslaw Czaplinski und Zdzislaw Galinski ausgearbeitet wurden, wird klar festgestellt, daß es dem polnischen Staat an jeglichen rechtlichen Grundlagen fehlt, Entschädigungsforderungen zu stellen. Professor Czaplinski begründete dies damit, daß Polen im Jahre 1953 im Londoner Abkommen auf solche Forderungen verzichtete und daß der „2 plus 4-Vertrag, der zwischen den zwei deutschen Staaten und den Siegermächten geschlossen und



Herzstück der einzigartigen Görlitzer Passionslandschaft, deren herausragendes 500 jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird, ist die originalgetreue Nachbildung des Heiligen Grabes in Jerusalem. Siehe S. 8. Foto: B. Kuhnt

während des KSZE-Gipfels in Paris im Herbst 1990 vorgelegt wurde, jegliche Entschädigungsforderungen ausschließt.

Der dritte Gutachter aber, der heute in Berlin lebende und tätige Rechtsanwalt Stefan Hambura, vertritt die These, daß der Vertrag von 1953 nur zwischen Polen und der DDR geschlossen worden sei und Warschau nicht gegenüber einen gesamtdeutschen Staat auf Wiedergutmachungszahlungen verzichtet habe. Die Argumentation von Hambura stützt sich auf zwei Argumentationspunkte: Diese Entscheidung der polnischen Regierung im Jahre 1953 kam damals seiner Ansicht nach infolge des Drucks aus Moskau zustande. Zweitens: Dieser Verzicht gelte nur gegenüber der ehemaligen DDR. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, nach der es überhaupt keine Hindernisse gibt, Entschädigungsansprüche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als eine Antwort auf die eventuellen Forderungen der Vertriebenen zu stellen. Der, Oppelner Sejmabgeordnete Jerzy Czerwinski und eine von ihm vertretene Gruppe rechtsnationaler Abgeordneter stützen sich auf das Gutachten von Stefan Hambura.

(Fortsetzung Seite 2)

Das große Familientreffen der Oberschlesier in Rheinberg / Messe Niederrhein



Schirmherr: Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Peer Steinbrück

Leitwort: Brücke sein - Mein Herz für Oberschlesien

TAG DER OBERSCHLESIER

28. Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.

Bahnhofstr. 71, 40883 Ratingen (Tel.: 02102/68 03 3; Telefax: 02102/66 55 8)

29.-30.05.2004 (Pfingsten)

47495 Rheinberg/Messe Niederrhein

direkt an der A 57 gelegen; (Kostenlose Parkplätze! Für Bahnreisende Bustransfer)

1964 - 2004 40 Jahre Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen über die Landsmannschaft der Oberschlesier

und die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Oberschlesier

www.oberschlesien.de

www.messe-niederrhein.de

Unser Oberschlesien

Deutschland:

Brüderstraße 13, 02826 Görlitz
Tel. (03581) 402021, Fax 402231
senfikorn@proximedia.de

Oberschlesien:

ul. Klasztorna 4, 47-154 Gora Sw. Anny
Tel. und Fax. (077) 4615993
sheute@poczta.onet.pl

Läuft jetzt alles aus dem Ruder?

(Fortsetzung von Seite 1)

Dieser Hambura-These wird jedoch von Czaplinski entschieden widersprochen, da die Verzichtserklärung der polnischen Regierung von 1953 nach dem internationalen Recht eine rechtlich wirksame Erklärung darstellt, auch dann, wenn sie unter Druck aus Moskau zustande kam. Aus diesem Grunde wäre seiner Meinung nach die Stellung irgendwelcher Forderungen ein Verstoß gegen das Recht. Außerdem betonte er in einem Gespräch mit der "Rzeczpospolita", daß die polnische Rechtsprechung über die Beschlagnahme der deutschen Güter einen besonderen Charakter hat, weil sie für Entschädigungszwecke geschaffen wurde. Der Spezialist für internationales Recht und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, Professor Christian Tomuschat, kommentierte die neue politische Lage damit, daß Polen auf keine Entschädigungsansprüche verzichten könne, „weil es einfach keine hat“. Seiner Ansicht nach wurde diese Angelegenheit durch den „2 plus 4“-Vertrag erledigt und es gibt keinerlei rechtliche Grundlagen, Entschädigungsforderungen an Deutschland zu stellen. Auch die Bundesrepublik hat in dem polnisch-deutschen Grenzvertrag auf jegliche territorialen Ansprüche gegenüber Polen verzichtet. Aus diesem Grunde ist es unvorstellbar, daß jetzt die andere Seite des Vertrages Entschädigungsforderungen anmeldet. Seiner Meinung nach haben die Forderungen der deutschen Vertriebenen weder vor den polnischen noch vor den europäischen Gerichten irgendwelche Erfolgchancen.

Aus bundesdeutscher Sicht stellt die Abtretung der Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße an Polen bereits eine Art von Reparation dar, auch wenn dies vertraglich nie formuliert wurde. In Teilen der polnischen Öffentlichkeit herrscht jedoch die Auffassung vor, daß dem Land diese Gebiete als Entschädigung für das im Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion annektierte Ostpolen zugestanden hätten. Die Frage der „deutschen Reparationen“ sei also noch offen.

Eine Forderung Polens an Deutschland würde zu grundlegenden Veränderungen in den polnisch-deutschen Beziehungen führen und die Auseinandersetzung um Hab Und Gut der Vertriebenen würde dann auf internationaler Ebene weiter geführt werden, kommentiert die "Rzeczpospolita" die Initiative. Die Entschädigungsklagen der einzelnen Vertriebenen stellten etwas ganz anderes dar als Entschädigungsforderungen eines Staates an einen anderen Staat. (UO)

EU-Verfahren gegen Polen

Als erstes der zehn neuen Beitrittsländer ist Polen Gegenstand eines EU-Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts unerlaubter staatlicher Beihilfen. Wie die EU-Kommission Anfang Februar mitteilte, geht es in dem Fall um Stromerzeuger. Nach Plänen Warschaus sollen Unternehmen, die langjährige Aufträge verlieren, vom Staat entschädigt werden. Brüssel fürchtet, daß die Zahlungen höher ausfallen könnten als der tatsächliche Verlust des betroffenen Unternehmens. Nach vorläufiger Feststellung der EU-Kommission entspricht das Ausgleichssystem nicht der EU-Methode für die Analyse von Beihilfen im Zusammenhang mit "stranded costs". Vor allem kritisiert die EU das Fehlen eines „effektiven Mechanismus“ für die Anpassung der Kompensation an den tatsächlichen Einnahmeausfall sowie für die Feststellung der tatsächlichen Entwicklung der Strompreise. Zudem habe Warschau der Kommission weder die Namen der Unternehmen genannt, die kompensiert werden sollen noch die Höhe der Ausgleichszahlungen. Das Verfahren gegen Polen werde mit dem Beitritt des Landes am 1. Mai beginnen. (UO)



Frühverrentungen sollen in Polen abgeschafft werden

Die polnische Regierung will die Staatsausgaben für Soziales und die Verwaltungskosten bis 2007 um rund 6,7 Milliarden Euro verringern. Das hat die Minderheitsregierung aus SLD und Sozialistischer Arbeitsunion (UP) beschlossen. Der Sparplan war von Jerzy Hausner, dem Superminister für Arbeit und Wirtschaft, nach Beratungen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften vorgelegt worden. Im vergangenen Jahr gab Polens Regierung 47 Milliarden Euro aus; das Staatsdefizit betrug netto neun Milliarden Euro.

Die Regierung will mit diesem Plan verhindern, daß das Defizit im Staatshaushalt demnächst die Grenze von 60 Prozent des BIP überschreitet. Das hätte - laut Verfassung - zur Folge, daß umgehend alle Staatsausgaben nach einer „Rasenmähermethode“ verringert werden müßten. Überdies ist beabsichtigt, den Staatsausgaben eine neue Struktur zu geben. Der nächste Schritt im Reformplan wird sein, eine Vielzahl von Gesetzesvorlagen im Sejm einzubringen. Ministerpräsident Leszek Miller (SLD) hat das politische Schicksal der Regierung

davon abhängig gemacht, ob der Plan im Parlament unterstützt werde. Er erwägt einen vorzeitigen Rücktritt für den Fall, daß sein Reformpaket abgelehnt wird. Das Gesetzgebungsverfahren wird sich jedoch über mehrere Monate hinziehen. Die meisten Oppositionsparteien haben die Reformpläne kritisiert. Lediglich die oppositionelle liberal-konservative Bürgerplattform (PO) kündigte an, nach der Qualität der Gesetzesentwürfe zu entscheiden. Eine Unterstützung durch die PO würde für die Annahme des Planes ausreichen.

Nach den bislang bekanntgewordenen Plänen sollen die Einsparungen durch Straffung der öffentlichen Verwaltung erreicht werden. Zudem ist vorgesehen, die Rentenanpassung zu verändern und das Renteneintrittsalter für Frauen auf 65 Jahre anzuhäben. Frühverrentungen sollen abgeschafft, Invalidenrenten überprüft werden. Hinzu kommen Veränderungen bei den Krankenkassenleistungen und der Umbau der kostspieligen Versicherung für die Landwirte. Der größte Teil der Einsparungen soll erst ab 2005 in Kraft treten. (UO)

Springer-Zeitung ist Marktführer

Gerade einmal zwei Monate nach dem Start ist die Boulevardzeitung „Fakt“ zur auflagenstärksten Tageszeitung in Polen angestiegen. Die Zeitung, die bei Axel Springer Polska - einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft von Axel Springer (u.a. Bild, Die Welt) - erscheint, verkaufte im Dezember im Durchschnitt 536.369 Exemplare. Gemessen wurde diese Zahl von der polnischen Auflagenkontrolle ZKDP. Damit habe sich das Blatt an die Spitze aller polnischen Tageszeitungen gesetzt, so die Auflagenprüfer. Bisheriger Marktführer in Polen war die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Gestartet wurde die Tageszeitung „Fakt“ im Oktober und zu einem Preis von einem Zloty (rund

21 Cent). Angepeilt wurde damals eine Auflage von etwa 200.000 Exemplaren. Umfragen ergaben, daß die neue Zeitung bei jüngeren Lesern bis 45 Jahren besonders beliebt ist. Auch aus dem großen Reservoir der bisherigen Nichtleser - rund 40 Prozent der Polen kauften sich vor „Fakt“ keine Zeitungen - konnte sich der Neuling bedienen. „Wir machen diese Zeitung nicht für die Eliten oder besser: nicht nur für die Eliten. Wir schreiben in einer anderen, einfachen, zugänglichen Sprache, die die Menschen im Alltag sprechen. Unsere Zeitung ist lebendig gemacht, die anderen sind in gewisser Weise konservativ“, beschreibt Chefredakteur Grzegorz Jankowski das Konzept. (UO)

Grenzen bleiben geschlossen

Offenbar immer mehr EU-Staaten wollen ihre Grenzen für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsländern geschlossen halten. Dennoch rechnet die EU-Kommission in Brüssel mit rund 250.000 Menschen, die im ersten Jahr nach dem Beitritt der zehn neuen Länder in der alten EU eine Arbeit suchen werden. Hinzu kämen Angehörige und Selbstständige; denn für Kleinunternehmer gelten die Zuzugsbeschränkungen nicht.

Neben Deutschland und Österreich, die in den Beitrittsverhandlungen auf entsprechende Vereinbarungen bestanden hatten, werden auch Belgien und Finnland die Grenzen für polnische Arbeitnehmer schließen. Aber zwischenzeitlich haben auch Dänemark und Schweden ähnliche Regeln ange-

kündigt. Der schwedische Regierungschef Göran Persson erklärte noch in der vergangenen Woche, sein Land könne nicht „in naiver Weise“ einen Zuzug erlauben, den andere Staaten begrenzen.

Damit bleiben nur noch Großbritannien und Irland, die neue Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern ohne Beschränkung aufnehmen wollen. Nur einem Mißbrauch von Sozialleistungen müße vorgebeugt werden, heißt es in beiden Ländern. Den Zuzug von Arbeitnehmern können die Mitgliedsstaaten für alle neuen EU-Länder außer Malta und Zypern beschränken. In der EU-Kommission hofft man allerdings, daß die beschlossene siebenjährige Übergangsfrist nicht ausgeschrieben wird. (UO)

Gegen- oder Miteinander?

von Alfred Theisen

Die sich in einigen Wochen vollziehende EU-Osterweiterung geht einher mit einer tiefen Zerüttung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Die hoffnungsvollen Gesten von Kohl und Mazowiecki unmittelbar nach dem Fall der Mauer und der kommunistischen Diktaturen stehen im Gegensatz zu den diplomatischen Scharmützeln, die sich deutsche und polnische Diplomaten und Politiker hinter den Kulissen seit Monaten um Fragen wie den Irak-Konflikt, die EU-Verfassung und die EU-Finanzierung liefern. Wie dünn der Draht zwischen Warschau und Berlin geworden ist, zeigt sich auch daran, daß die maßgeblichen Politiker in beiden Völkern der vor allem in Polen nationalistische Stimmungen nährenden Diskussion um offene Vermögensfragen und gegenseitige Entschädigungsansprüche tatenlos zusehen. In der deutschen Öffentlichkeit wird dieses Thema bislang kaum wahrgenommen, wobei die in den polnischen Medien so aufgebauschte "Preussische Treuhand" allenfalls eine Randgruppe unter den deutschen Vertriebenen vertritt.

Tatsache ist, daß es ungeachtet der aufgeregten polnischen Entschädigungsrechnungen dieser Tage klare bilaterale Verträge gibt, die entsprechenden polnischen Forderungen an das heutige Deutschland jede Grundlage nehmen. Bei eventuell offenen Vermögensfragen deutscher Vertriebenen handelt es sich nicht um zwischenstaatliche sondern individuelle Ansprüche, die von einer eher kleinen Minderheit unter den vertriebenen Ostdeutschen gegenüber dem deutschen oder dem polnischen Staat aufrechterhalten werden. Deutsche und Polen, die befreit von autoritären Systemen heute als freie Nachbarn aufeinander zugehen und ihre politischen Verhältnisse nach den von Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ geforderten demokratischen Prinzipien gestalten können, sollten einer gegebenenfalls z. B. vor europäischen Gerichten angestrebten Klärung dieser individuellen Klagen mit der notwendigen Gelassenheit und nicht mit nationalistischer Aufregung entgegensehen, zumal deren Erfolgsaussichten eher gegen Null tendieren:

Wichtiger ist es in dieser Zeit in beiden Völkern die eigentliche große Herausforderung dieser Tage nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich die 1989 gewonnene Chance auf einen Sieg der Freiheit durch eine zunehmende europäische Wiedervereinigung in den kommenden Monaten und Jahren zu vollenden. Es dürfen daher in Polen und in Deutschland nicht diejenigen die Meinungsführerschaft gewinnen, die ständig nur deutsch-polnischen Streitfragen in den Vordergrund rücken und so das Gegenüber der beiden Nachbarvölker vertiefen. So sind Deutsche und Polen gerade angesichts des wahrhaft historischen Datums des polnischen EU-Beitritts zum 1. Mai 2004 in den Bereichen die bereits bestehenden partnerschaftlichen Verbindungen im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und Wissenschaft sowie der übrigen gesellschaftlichen Kontakte, insbesondere der Jugendarbeit weiter auszubauen, um den Prozeß der gegenseitigen Annäherung unumkehrbar und gegen nationalistische Verirrungen der vergangenen beiden Jahrhunderte immun zu machen.

Die Oberschlesier, die heute in einer gemeinsamen Heimat mit den polnischen und teilweise auch tschechischen Nachbarn leben und vor allem im vergangenen Jahrhundert in besonderer Weise unter Diktatur, Vertreibung und nationaler Unterdrückung gelitten haben, sollten dabei aus den Wurzeln ihres christlichen Glaubens schöpfend mehr als andere Motor und Vorreiter dieser nach wie vor schwierigen aber notwendigen Verständigungsarbeit sein.